S 13 V 10/97

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sächsisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht
Abteilung	1
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 13 V 10/97
Datum	11.03.1999

2. Instanz

Aktenzeichen	L 1 V 20/99
Datum	26.04.2001

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 11. März 1999 wird zurückgewiesen.
- II. Die außergerichtlichen Kosten auch des Berufungsverfahrens sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten darüber, ob der Kläger Anspruch auf Berufsschadensausgleich nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) hat.

Der im April 1936 geborene Kläger erlitt im März 1945 wegen des unsachgemäßen Umgangs mit Fundmunition einen Verlust des rechten Auges. Der berufliche Werdegang des Klägers stellt sich wie folgt dar (im Wesentlichen nach den Eintragungen in seinem Versicherungs- Ausweis/Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung): 1942 bis 1950 Besuch der Volksschule, 1. September 1950 bis 31. August 1953 erfolgreiches Absolvieren einer Schlosserlehre, 1. September 1953 bis 19. Mai 1956 Schlosser, 19. Juni 1956 bis 21. Juni 1956 A-Schweißer, 25. Juni 1956 bis 30. Juni 1956 Schlosser, 05. Juli 1956 bis 31. Dezember 1959 Schlosser,

01. Januar 1960 bis 31. Dezember 1966 Abteilungsmeister, 01. Januar 1967 bis 29. März 1968 Klempner, 01. April 1968 bis 31. März 1970 Schlossermeister, 01. April 1970 bis 30. Juni 1993 Verkaufsstellenleiter/Filialleiter bei einer Konsumgenossenschaft (Kündigung des Arbeitsverhältnisses infolge Betriebsstilllegung). Der Kläger verfügt über ein Facharbeiterzeugnis als Bauschlosser vom 31. August 1953 und über einen Meisterbrief im Schlosserhandwerk vom 20. Dezember 1959. In einem Schreiben des VEB Karosseriewerke Döbeln vom 19. März 1953 wird dem Kläger mitgeteilt, dass die Kaderkommission damit einverstanden sei, dass er sich nach seiner Lehrabschlussprüfung zum Studium bei der Arbeiter- und Bauernfakultät anmelde.

Der Arzt Dr. med. Orthopädische Klinik und Poliklinik der Medizinischen Akademie "C" in Döbeln, berichtet (ohne Datum), dass der Kläger wegen eines Bandscheibenschadens vom 01. Juli 1968 bis 09. August 1968 in der Orthopädischen Klinik stationär behandelt worden sei. Schwere körperliche gebückter Haltung müssen unbedingt vermieden werden. Aus diesem Grunde bitte man, den Kläger bei der Bereitstellung einer Arbeitsstelle (Kfz-Meister) zu unterstützen.

Am 08. April 1993 stellte der Kläger bei dem Beklagten einen Antrag auf Beschäftigungsversorgung nach dem BVG. Unter dem 14. Dezember 1993 gab er an, Prof. Dr. G., der ihm sein rechtes Auge entfernt habe, habe ihm geraten, sein linkes Auge sehr zu schonen, da es auch dreimal operiert worden sei. Das Lesen sollte er sehr einschränken, dafür viel ins Grüne sehen, das würde seinem Auge gut tun. Er habe drei Jahre den Beruf eines Karosseriebauers erlernt, nach drei Jahren sei er bester Lehrling des Betriebes gewesen und habe ein Studium beginnen sollen. An der Ingenieurschule in Chemnitz für Fahrzeugbau habe er studieren sollen. Sein Vater habe ihm geraten, es nicht zu tun wegen seines Auges. Als Abteilungsmeister in der Karosserie-Rohbaufertigung habe er zu oft Metallspäne im linken Auge gehabt, es sei ihm dann zu gefährlich geworden, so dass er seine Arbeitsstelle habe wechseln müssen. Ebenso sei es ihm bei seiner zweiten Arbeitsstelle ergangen. Er habe sich daraufhin entschlossen, aus diesem Beruf zu gehen, der sein Wunschberuf gewesen sei. Er habe daraufhin am 01. April 1970 als Filialleiter in der Kfz-Branche angefangen.

Der Beklagte holte verschiedene Zeugenaussagen und Befundberichte zur erlittenen Schädigung des Klägers ein und zog Krankenunterlagen vom Amt für Krankenhäuser der L. Döbeln bei.

Mit Bescheid vom 04. April 1995 erkannte der Beklagte als Schädigungsfolge einen "Verlust des rechten Auges nach Metallsplitterschädigung durch Explosion von Fundmunition" durch schädigende Einwirkungen i. S. d. [§ 1 BVG](#) an. Hierdurch sei der Kläger in seiner Erwerbsfähigkeit seit 01. Januar 1991 um 30 v. H. gemindert. Die Auswertung der vorliegenden medizinischen Befundunterlagen habe ergeben, dass die Verletzung des linken Auges nicht aktenkundig sei und aus diesem Grund auch keine Anerkennung als Schädigungsfolge i. S. d. [§ 1 BVG](#) erfolgen könne. Bei der festgestellten Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) sei keine Erhöhung

nach [Â§ 30 Abs. 2 BVG](#) wegen besonderer beruflicher Betroffenheit enthalten, weil nach Art und Umfang der anerkannten Schädigungsfolge und seinem beruflichen Werdegang kein schädigungsbedingter Einkommensverlust vorliege. Die Auswertung der eingereichten Unterlagen zu seinem beruflichen Werdegang hätten ergeben, dass ein schädigungsbedingter Einkommensverlust i. S. d. [Â§ 30 Abs. 3 BVG](#), welcher die Gewährung von Berufsschadensausgleich bedinge, nicht vorliege. Er habe nach seiner Schädigung erfolgreich die Lehre als Schlosser beendet und habe sich zum Schlossermeister qualifiziert. Ab 01. April 1970 sei er als Filialleiter für Kfz tätig gewesen. Er habe durchaus einen beruflichen Aufstieg genommen, der keinen schädigungsbedingten Einkommensverlust erkennen lasse. Berufsschadensausgleich stehe ihm aus diesem Grund nicht zu.

Dagegen legte der Kläger am 03. Mai 1995 Widerspruch ein. Er habe 1970 infolge der Gefahr der Verletzung seines linken Auges seinen Beruf aufgegeben. Dadurch sei ihm ein erheblicher Verdienstverlust entstanden. Die Entlohnung im Handel sei gegenüber der Industrie um ca. 50 % niedriger gewesen. Am 30. November 1995 legte der Kläger eine ärztliche Bescheinigung von Prof. Dr. K. Dr. K., Augenarzt in D., vom 21. November 1995 vor. Links am einzigen Auge bestehe ein grauer Star. Wegen der Einseitigkeit werde von einer Arbeit an Maschinen (z. B. Schlosser) abgeraten.

Der Widerspruch blieb erfolglos (Widerspruchsbescheid vom 02. Januar 1997). Zur Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt, seinen Ausführungen, dass er wegen der anerkannten Schädigungsfolge 1970 seinen erlernten Beruf als Schlossermeister habe aufgeben müssen, könne nicht gefolgt werden. Aus einem Befundbericht der Medizinischen Akademie "C." in D. gehe hervor, dass er dort vom 01. Juli 1968 bis 09. August 1968 in der Orthopädischen Klinik stationär behandelt worden sei. Aufgrund seines Bandscheibenleidens sei ihm damals geraten worden, schwere körperliche Arbeit, insbesondere schweres Heben und Tragen und Arbeit in gebückter Haltung unbedingt zu vermeiden. Die Übernahme einer anderen Arbeitsstelle sei angeraten worden. Es sei daher eher wahrscheinlich, dass er den Berufswechsel aus schädigungsfremden Ursachen vorgenommen habe. Ein schädigungsbedingter Einkommensverlust liege somit nicht vor. Es bestehe kein Anspruch auf Berufsschadensausgleich i. S. d. BVG.

Der Kläger erhob am 24. Januar 1997 beim Sozialgericht Dresden (SG) Klage.

Im Klageverfahren hat der Kläger unter anderem vorgetragen, im März 1953 sei er durch die damalige Kaderkommission des Karosseriewerkes D. zum Studium an die damalige Arbeiter- und Bauernfakultät D. delegiert worden. Er habe dort das Abitur nachholen wollen, um später dann in Z. den Ingenieur für Kraftfahrzeugtechnik zu machen. Nach kurzer Zeit habe er das Studium an der Fakultät abbrechen müssen, sein Auge sei zu stark belastet worden, er habe Sehstörungen und Kopfschmerzen (Augenbrennen) bekommen. Ab 02. Januar 1968 sei er in der Karosserie-Rohbaufertigung eingesetzt gewesen. In dieser Abteilung sei geschweißt und verschliffen worden. Der ständige Funkenflug sei für ihn sehr gefährlich gewesen, so dass er am 29. März 1968 um einen Aufhebungsvertrag gebeten und sein Arbeitsverhältnis beendet habe. Während

seiner Tätigkeit bei der Firma Elektro-Industrie-Ofenbau in D â€¦ sei er wieder in Gefahr gewesen, die Hauptarbeit habe aus Drehen und SchweiÃ€en bestanden. Er habe diese Arbeit bis zu Ende ausgefÃ¼hrt und zum 31. MÃ¤rz 1970 gekÃ¼ndigt. Er sei nunmehr gezwungen gewesen, seine TÃ¤tigkeit in der Industrie zu beenden. WÃ¤hrend seiner TÃ¤tigkeit als Filialleiter fÃ¼r die MZ-Verkaufsstelle in H â€¦ sei sein Augenlicht nicht mehr gefÃ¶hrtet gewesen. Das Studium an der Arbeiter- und BauernfakultÃ¤t habe hinsichtlich der mit der Ausbildung notwendigerweise verbundenen LesetÃ¤tigkeit eine zu groÃ€e Belastung fÃ¼r seine eingeschrÃ¤nkte Sehkraft dargestellt. Ihm sei es nicht mehr konkret erinnerlich, welcher der seinerzeit behandelnden Ã€rzte ihm die Empfehlung gegeben habe, seine StudententÃ¤tigkeit aufzugeben. Jedenfalls sei es so gewesen, dass er aufgrund der Ã€rztlichen Feststellung, dass eine Besserung seines Leidens nicht zu erwarten gewesen sei, das Studium letztlich nicht fortgesetzt habe. Es sei nicht auszuschlieÃ€en, dass eine konkrete Ã€rztliche Empfehlung nicht erteilt worden sei, dass ihm aus GrÃ¼nden der Sehbehinderung ein Studium oder eine lesende TÃ¤tigkeit nicht mÃ¶glich sei, ebenso wenig eine konkrete Empfehlung, die TÃ¤tigkeit in der Karosserie-Rohbaufertigung und in der Elektro-Industrie-Ofenbau aufzugeben. Er habe ca. ein Dreivierteljahr lang auf der Arbeiter- und BauernfakultÃ¤t zunÃ¤chst eine Vorbereitung fÃ¼r das Abitur gemacht. Insgesamt hÃ¤tte dieses drei Jahre gedauert. Hieran hÃ¤tte sich das Studium mit einer Zeitdauer von drei Jahren angeschlossen. Er habe mit dem anderen Auge normal sehen kÃ¶nnen. Bei lÃ¤ngerem konzentrierten Lesen habe es ihn so angestrengt, dass er Augendruck bekommen und das Auge zu trÃ¤nen begonnen habe. Er habe nur ganz schwer lesen kÃ¶nnen. Aus diesem Grunde habe er auch die MeisterprÃ¼fung nur mit MÃ¼he bestanden. Auch bei lÃ¤ngerer TÃ¤tigkeit wÃ¤hrend seiner Zeit bei der Firma Elektro-Industrie-Ofenbau in D â€¦ habe er Sehschwierigkeiten gehabt. Fachlich sei er fÃ¼r die Arbeit geeignet gewesen, er habe aber die Arbeit nicht lÃ¤nger ausfÃ¼hren kÃ¶nnen.

Das SG hat Beweis erhoben durch Einholung eines Befundberichtes von Prof. Dr. K â€¦; Zudem hat das SG eine Auskunft von den Karosseriewerken D â€¦ GmbH eingeholt und die Verwaltungsakten der Bundesversicherungsanstalt fÃ¼r Angestellte (BfA) beigezogen.

Es hat ferner Beweis erhoben durch uneidliche Vernehmung der Zeugen P â€¦; F â€¦; und H â€¦; B â€¦; Wegen des Ergebnisses der Beweisaufnahme wird Bezug genommen auf das Protokoll des ErÃ¶rterungs- und Beweisaufnahmetermins des SG vom 19. Juni 1997.

Von Dr. P â€¦, ChefÃ€rztin der Augenklinik des Krankenhauses D â€¦, hat das SG ein augenfachÃ€rztliches Gutachten nach Aktenlage erstellen lassen. In ihrem Gutachten vom 24. Juni 1998 fÃ¼hrte sie im Wesentlichen aus, die EinÃ¤ugigkeit bedinge einen Ausfall des rÃ¤umlichen Sehens, eine GesichtsfeldeinschrÃ¤nkung und eine etwas schlechtere SehschÃ¤rfe, da die beidÃ¤ugige SehschÃ¤rfe in der Regel um etwa 10 % hÃ¶her sei, wahrscheinlich durch verÃ¤nderte Kontrastempfindung. Die MdE betrage nach BVG 30 v. H., die reale ErwerbsfÃ¤higkeit sei aber in der Regel nicht so stark eingeschrÃ¤nkt, da viele Berufe auch bei EinÃ¤ugigkeit ausgeÃ¼bt werden kÃ¶nnten. Nach ca. einem halben

Jahr trete eine GewÃ¶hnung an die EinÃ¤ugigkeit auf, insbesondere an den Ausfall des rÃ¤umlichen Sehens. Der Patient lerne Entfernungen einzuschÃ¤tzen usw. â Gelegentlich kÃ¶nne bei angestrenzter langer Naharbeit eine raschere ErmÃ¼dbarkeit auftreten, die sich auch in AugendrÃ¼cken Ã¤uÃern kÃ¶nne. Diese sei aber keinesfalls stÃ¤ndig vorhanden und so stark, dass die Ablegung eines Abiturs behindert oder gar unmÃ¶glich werde. Die vom KlÃ¤ger geklagten asthenopischen Beschwerden hÃ¤tten andere Ursachen. 1966 habe eine latente Hyperopie (= verborgene Weitsichtigkeit) vorgelegen, die bis dahin nicht korrigiert worden sei. Ein nicht korrigierter Brechungsfehler des Auges sei aber eine der hÃ¤ufigsten Ursachen von asthenopischen Beschwerden. Keinesfalls hÃ¤tte aber ein Augenarzt beim Vorliegen von asthenopischen Beschwerden zum Abbruch der Ausbildung geraten, ohne eine latente Weitsichtigkeit auszuschlieÃen und beim Vorliegen einer solchen durch eine Nahbrille die Ursache der Beschwerden zu eliminieren. Neben dieser anlagebedingten, bewiesenen latenten Hyperopie als wahrscheinliche Ursache der asthenopischen Beschwerden sei als zusÃ¤tzliche Komponente noch eine anlagebedingte vegetative Dystonie des Auges mÃ¶glich, die insbesondere in Stress-situationen (z. B. Vorbereitung auf ein Abitur) zum Tragen komme. Interessanterweise sei 1962 in internistischen Kartentassen eine allgemeine Dystonie als Diagnose dokumentiert. Auch die jetzt noch geklagten Beschwerden in Form von Flimmern und Schmerzen im Auge kÃ¶nnten Zeichen einer vegetativen Dystonie sein. Die EinÃ¤ugigkeit sei nicht Ursache, dass die Abiturausbildung nicht absolviert werden kÃ¶nnen. Die EinÃ¤ugigkeit habe als Ursache bei den vom KlÃ¤ger geschilderten Beschwerden nur eine sehr untergeordnete Bedeutung (wenn Ã¼berhaupt, da sie als mÃ¶gliche Ursache gelegentlicher asthenopischer Beschwerden in den LehrbÃ¼chern nur von einem Autor erwÃ¤hnt wÃ¼rden). Die Hauptursache asthenopischer Beschwerden sei mit Wahrscheinlichkeit die vorliegende anlagebedingte latente Weitsichtigkeit. Diese hÃ¤tte auch bei beidÃ¤ugigem Sehen zu den geklagten Beschwerden gefÃ¼hrt. Eine individuelle Disposition in Form einer anlagebedingten "vegetativen Dystonie sei zusÃ¤tzlich mÃ¶glich". Diese hÃ¤tte auch bei beidÃ¤ugigem Sehen zu den geklagten Beschwerden gefÃ¼hrt.

Auf die mÃ¼ndliche Verhandlung vom 11. MÃ¤rz 1999 hat das SG die Klage abgewiesen. Der angefochtene Bescheid vom 04. April 1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 02. Januar 1997 sei rechtmÃ¤Ãig und verletze den KlÃ¤ger nicht in seinen Rechten. Er habe keinen Anspruch auf GewÃ¤hrung eines Berufsschadensausgleichs. Im vorliegenden Fall bestÃ¤nden auf der Grundlage der Angaben des KlÃ¤gers verschiedene AnknÃ¼pfungspunkte fÃ¼r das Begehren auf GewÃ¤hrung eines Berufsschadensausgleichs. Zum einen wolle der KlÃ¤ger einen Verdienstaustausch aus dem Umstand herleiten, dass er kriegsschÃ¤digungsbedingt ein Studium als Ingenieur nicht aufnehmen kÃ¶nnen. Insoweit liege allerdings â unabhÃ¤ngig von der Frage, ob ihm insoweit tatsÃ¤chlich ein Verdienstaustausch entstanden sei â kein kausaler Zusammenhang zwischen objektiv vorliegenden SchÃ¤digungsfolgen und Nichtaufnahme eines Studiums als Ingenieur vor. Selbst wenn man im vorliegenden Fall unterstellen wollte, dass der KlÃ¤ger bei seiner TÃ¤tigkeit als Ingenieur mehr verdienen kÃ¶nnen als im Rahmen seines tatsÃ¤chlich ausgeÃ¼bten Berufs als Schlossermeister bzw. spÃ¤ter als Filialleiter, so kÃ¶nne nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die Nichtaufnahme eines

Ingenieurstudiums nicht ursächlich kausal auf die Schädigungsfolgen zurückgeführt werden. Zur Überzeugung der Kammer stehe fest, dass der Kläger nicht aufgrund des kriegsbedingten Verlustes des rechten Auges gehindert gewesen sei, die Abiturprüfung abzulegen und sodann ein Studium zu beginnen. Soweit der Kläger des Weiteren anführe, er habe aufgrund seiner Schädigungsfolgen im Jahre 1970 den Beruf wechseln müssen und habe sodann einen Minderverdienst hinnehmen müssen, habe sich die Kammer auch insoweit nicht davon zu überzeugen vermocht, dass die Voraussetzungen für die Gewährung eines Berufsschadensausgleichs vorliegen. Unabhängig von der Frage, ob insoweit tatsächlich ein kausal schädigungsbedingter Berufswechsel erfolgt sei oder ob insoweit auch eine schädigungsfolgenunabhängige Wirbelsäulenerkrankung des Klägers eine Rolle gespielt habe, habe er jedenfalls in seiner späteren Tätigkeit als Filialleiter beim Konsum D & C bereits damals keinen Minderverdienst erlitten, und zwar weder im Vergleich zu einem anderen Angestellten in diesem Bereich, noch im Verhältnis zu seinem zuvor ausgeübten Beruf in der Industrie als Meister. Wenn man die Tätigkeit als Filialleiter beim Konsum D & C in die Tabellenwerte der Anlagen 13 und 14 zum Sechsten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) einordne, so ergebe sich eine Tätigkeit des Klägers nach Tabelle 17 der Anlage 14 im Bereich Handel in der Qualifikationsgruppe III nach Anlage 13. Unter Berücksichtigung seiner in den Sozialversicherungsausweisen dokumentierten Gesamteinkommen ergebe sich in der Gegenüberstellung des "Hätte-Verdienstes" und des tatsächlich erzielten Einkommens, dass er durchgängig weit mehr Verdienst erzielt habe als statistisch ein vergleichbarer Arbeitnehmer in der gleichen Branche mit der gleichen Berufsausbildung. Zum gleichen Ergebnis komme man, wenn man zugunsten des Klägers davon ausgehen möchte, dass dieser ohne Schädigungsfolgen nicht in den Bereich Handel gewechselt wäre, sondern als Meister, d. h. im Rahmen der Qualifikationsgruppe III der Anlage 13 zum SGB VI im Wirtschaftsbereich Maschinen- und Fahrzeugbau tätig geblieben wäre. Schließlich habe er sogar dann keinen Einkommensverlust während seiner Tätigkeit erlitten, wenn man zu seinen Gunsten davon ausgehen wolle, dass er tatsächlich ein Fachhochschulstudium zum Ingenieur absolviert hätte. Der Kläger wäre in diesem Fall in die Qualifikationsgruppe II der Anlage 13 zum SGB VI einzugruppieren gewesen. Auch insoweit ergebe sich ebenfalls mit Ausnahme für das Jahr 1993 kein Minderverdienst im Verhältnis dieser Berufsgruppe zu dem tatsächlichen Einkommen des Klägers als Angestellter und Filialleiter beim Konsum D & C. Nur für den Fall, dass man davon ausgehen wollte, dass der Kläger im Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau (Tabelle 6 der Anlage 14 zum SGB VI) in die Qualifikationsgruppe I der Anlage 13 zum SGB VI einzugruppieren wäre, komme man zumindest rechnerisch auf einen Minderverdienst. Die Unterschiedsbeträge zum tatsächlichen Einkommen des Klägers seien so gering, dass sich die Kammer selbst wenn man den Kläger in diese Qualifikationsgruppe eingruppieren wollte nicht habe davon überzeugen können, dass dies in der Tat ursächlich kausal schädigungsbedingt sei, unabhängig von der erörterten Frage, dass tatsächlich dem Kläger objektiv-medizinisch ein solches Studium trotz der Schädigungsfolgen möglich gewesen sei.

Gegen das dem Kläger am 28. April 1999 zugestellte Urteil legte er am 25. Mai

1999 beim Sächsischen Landessozialgericht Berufung ein.

Das Landessozialgericht hat Beweis erhoben durch Einholung eines Befundberichts von Prof. Dr. K. und hat Patientenunterlagen vom Gesundheitsamt der L. D. beigezogen.

Der Kläger trägt vor, bedingt durch den krankheitsbedingten Abbruch des Abiturs sei die Aufnahme eines Ingenieurstudiums nicht möglich gewesen. In seiner tatsächlichen Tätigkeit im Karosseriewerk R. sei er in der Abteilung Forschung und Entwicklung eingesetzt gewesen. Er habe hier Arbeiten geleistet, die einem Ingenieur adäquat gewesen seien. Dies habe zur Folge gehabt, dass er in die "Kaderreserve" seines Betriebes aufgenommen worden sei und als Perspektive die Stelle eines Direktors für Technik benannt bekommen habe. Er müsse daher in die Qualifikationsgruppe I der Anlage 14 zum SGB VI eingestuft werden. Da er lediglich krankheits-/schadigungsbedingt in den Bereich Handel gewechselt sei, sei die Tabelle 17 der Anlage 14 zum SGB VI für ihn nicht als maßgeblich anzusehen. Vielmehr sei die Tabelle 6 (Maschinen- und Fahrzeugbau) für ihn heranzuziehen. Er habe für ca. ein Dreivierteljahr einen Vorbereitungslehrgang für das Abitur besucht. Er sei nicht auf der Arbeiter- und Bauernfakultät gewesen. Entsprechend seiner beruflichen Perspektive sei für ihn der Abschluss eines Direktorstudiums mit Diplom einer Universität, Hochschule zumindest aber einer Ingenieurhochschule möglich gewesen.

Der Kläger beantragt (sinngemäß),

das Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 11. März 1999 aufzuheben und den Bescheid des Beklagten vom 04. April 19925 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 02. Januar 1997 abzuändern und den Beklagten zu verurteilen, ihm ab 01. Januar 1991 einen Berufsschadensausgleich nach einem Vergleichseinkommen eines Diplomingenieurs nach der Leistungsgruppe II des Bereiches Maschinenbau zu gewähren.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Der Beklagte hält unter Vorlage einer versorgungsärztlichen Stellungnahme vom 17. März 2000 die Begründung des Urteils des SG für zutreffend. Wenn der Kläger als Meister im Karosseriewerk R. Arbeiten, die einem Ingenieur adäquat gewesen seien, ausgeführt habe, so sei davon auszugehen, dass keinesfalls ein schadigungsbedingter Einkommensverlust eingetreten sei. Von einem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg, wie er bei schadigungsbedingtem Einkommensverlust zu verzeichnen sei, könne hier nicht ausgegangen werden. Die Aussage, er sei als "Kaderreserve" für die Stelle eines Direktors für Technik benannt gewesen, erscheine spekulativ und entbehre auch der Grundlage, dass die Schädigungsfolge dies verhindert haben sollte.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Gerichtsakten beider

RechtszÄ¼ge, der Verwaltungsakten des Beklagten (B-Akte und Schwerbehindertenakte) sowie der Verwaltungsakte der BfA, die Gegenstand der mÄ¼ndlichen Verhandlung gewesen sind, Bezug genommen.

EntscheidungsgrÄ¼nde:

Die Berufung ist zulÄ¼ssig, jedoch nicht begrÄ¼ndet. Zu Recht hat das SG die Klage abgewiesen. Der KlÄ¼ger hat keinen Rechtsanspruch auf GewÄ¼hrung eines Berufsschadensausgleichs nach einem Vergleichseinkommen eines Diplomingenieurs in der Leistungsgruppe II des Bereiches Maschinenbau nach [Ä§ 30 Abs. 3 BVG](#) ab 01. Januar 1991. Der Bescheid des Beklagten vom 04. April 1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 02. Januar 1997 ist daher rechtmÄ¼Ä¼ig.

Nach [Ä§ 30 Abs. 3 BVG](#) erhalten rentenberechtigte BeschÄ¼digte, deren Einkommen aus gegenwÄ¼rtiger oder frÄ¼herer TÄ¼tigkeit durch die SchÄ¼digungsfolgen gemindert ist, nach Anwendung des Abs. 2 einen Berufsschadensausgleich in HÄ¼he von 42,5 v. H. des auf volle Deutsche Mark nach oben abgerundeten Einkommensverlustes (Abs. 4) oder, falls dies gÄ¼nstiger ist, einen Berufsschadensausgleich nach Abs. 6. Den Einkommensverlust definiert [Ä§ 30 Abs. 4 BVG](#) als Unterschiedsbetrag zwischen dem derzeitigen Bruttoeinkommen aus gegenwÄ¼rtiger oder frÄ¼herer TÄ¼tigkeit zuzÄ¼glich der Ausgleichsrente (derzeitiges Einkommen) und dem hÄ¼heren Vergleichseinkommen. Wie der Einkommensverlust bei einer vor Abschluss der Schulausbildung erlittenen SchÄ¼digung â wie hier â zu ermitteln ist, wird in der Verordnung zur DurchfÄ¼hrung des Ä§ 30 Abs. 3 bis 6 des Bundesversorgungsgesetzes (Berufsschadensausgleichsverordnung â BSchAV) bestimmt: Das Vergleichseinkommen richtet sich nach den Besoldungsgruppen des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG), [Ä§ 2 Abs. 1 Satz 2, 7 Abs. 1 Satz 1 BSchAV](#). Die Eingruppierung in die Besoldungsgruppen des BBesG ist nach seiner Veranlagung und seinen FÄ¼higkeiten, hilfsweise auch unter BerÄ¼cksichtigung der beruflichen und sozialen Stellung seiner Eltern und sonstiger LebensverhÄ¼ltnisse des BeschÄ¼digten vorzunehmen, [Ä§ 7 Abs. 1 Satz 2 BSchAV](#).

Welches Einkommen ein BeschÄ¼digter ohne die SchÄ¼digung wahrscheinlich erzielt hÄ¼tte, ergibt sich im Allgemeinen aus dem monatlichen Durchschnittseinkommen der Berufs- oder Wirtschaftsgruppe, der der BeschÄ¼digte ohne die SchÄ¼digung nach seinen LebensverhÄ¼ltnissen, Kenntnissen und FÄ¼higkeiten und mit den bisher betÄ¼tigten Arbeits- und Ausbildungswillen wahrscheinlich angehÄ¼rt hÄ¼tte, [Ä§ 30 Abs. 5 Satz 1 BVG](#). Insoweit wird eine Prognose des wahrscheinlich nach der SchÄ¼digung eingetretenen weiteren Berufsweges unter BerÄ¼cksichtigung aller bis dahin erkennbar gewordenen einschlä¼gigen Gesichtspunkte gefordert (BSG, Urteil vom 29. Juli 1998, Az: [B 9 V 14/97 R](#)). Vor der GewÄ¼hrung eines Berufsschadensausgleiches ist jedoch zunÄ¼chst zu prÄ¼fen, ob der Betroffene einen wirtschaftlichen Schaden (Einkommensverlust) erlitten hat, und â bejahendenfalls â ob dieser Einkommensverlust "durch die SchÄ¼digungsfolgen" verursacht worden ist (vgl. Rohr/StrÄ¼Ä¼er, Bundesversicherungsrecht mit Verfahrensrecht, Ä§ 30 Anm. 30; BSG,

Urteil vom 15. September 1988, Az: [9/9a RV 50/87](#) = [SozR 3100 Â§ 30 Nr. 74](#)).

"Wahrscheinlichkeit" im o. a. Sinne bedeutet, dass mehr f¹/₄r als gegen die behauptete berufliche Entwicklung spricht, so dass sich hierauf die Ä¹/₂berzeugung des Senates gr¹/₄nden kann, wobei unter Ber¹/₄cksichtigung aller den Besch¹/₄digten betreffenden Lebensumst¹/₄nde zu beurteilen ist, ob mehr f¹/₄r als gegen den hypothetischen, geltend gemachten Berufserfolg spricht (BSG, Urteil vom 25. Juli 1968, Az: [8 RV 373/67](#)).

Es kann im Ergebnis dahingestellt bleiben, ob der Kl¹/₄ger einen Einkommensverlust i. S. v. [Â§ 30 Abs. 4 BVG](#) erlitten hat, da, selbst wenn ein Einkommensverlust eingetreten w¹/₄re, dieser nicht durch die Sch¹/₄digungsfolgen verursacht worden ist. Nach Ä¹/₂berzeugung des Senats ergeben sich keine Anhaltspunkte daf¹/₄r, dass der Kl¹/₄ger aufgrund der anerkannten Sch¹/₄digungsfolge "Verlust des rechten Auges nach Metallsplitterverletzung durch Explosion von Fundmunition" daran gehindert gewesen w¹/₄re, die Reifepr¹/₄fung (Abitur) im Rahmen der seinerzeit in der ehemaligen DDR bestehenden Fortbildungsm¹/₄glichkeiten abzulegen. Aus der damaligen Zeit liegen keinerlei medizinische Unterlagen vor, die dem Kl¹/₄ger eine gesundheitliche Nichteignung f¹/₄r diesen von ihm angestrebten Bildungsweg bescheinigen. Der Senat folgt vielmehr dem ausf¹/₄hrlichen, in sich schl¹/₄ssigen und nachvollziehbaren Gutachten Dr. P. â¹/₂ vom 24. Juni 1998. Darin hat diese ausgef¹/₄hrt, dass die Ein¹/₄ugigkeit einen Ausfall des r¹/₄umlichen Sehens, eine Gesichtsfeldeinschr¹/₄nkung und eine etwas schlechtere Sehsch¹/₄rfe bedinge, da die beid¹/₄ugige Sehsch¹/₄rfe in der Regel um etwa 10 % h¹/₄her sei, wahrscheinlich durch ver¹/₄nderte Kontrastempfindung. Die reale Erwerbsf¹/₄higkeit sei aber in der Regel nicht so stark eingeschr¹/₄nkt, da viele Berufe auch bei Ein¹/₄ugigkeit ausge¹/₄bt werden k¹/₄nnten. Nach ca. einem halben Jahr trete ein Gew¹/₄hnung an die Ein¹/₄ugigkeit auf, insbesondere an den Ausfall des r¹/₄umlichen Sehens. Gelegentlich k¹/₄nnne bei angestrenzter langer Naharbeit eine raschere Erm¹/₄dbarkeit auftreten, die sich auch in Augendr¹/₄cken ¹/₄u¹/₄ern k¹/₄nnne. Diese sei aber keinesfalls st¹/₄ndig vorhanden und so stark, dass die Ablegung eines Abiturs behindert oder gar unm¹/₄glich werde. Die vom Kl¹/₄ger geklagten asthenopischen Beschwerden (= m¹/₄Ã¹/₄ige Empfindung beim Nahsehen) h¹/₄tten andere Ursachen. 1966 habe eine latente Hyperopie (= verborgene Weitsichtigkeit) vorgelegen, die bis dahin nicht korrigiert worden sei. Ein nicht korrigierter Brechungsfehler des Auges sei aber eine der h¹/₄ufigsten Ursachen von asthenopischen Beschwerden. Jeder Mensch verf¹/₄ge ¹/₄ber die F¹/₄higkeit, infolge Anspannung der inneren Augenmuskeln die Brechkraft der Augenlinse so zu verst¹/₄rken, dass ein Nahsehen m¹/₄glich werde. Diesen Mechanismus bezeichne man als Akkomodation. Diese Akkomodationsf¹/₄higkeit nehme im Laufe des Lebens st¹/₄ndig ab, so dass der Normalsichtige etwa ab dem 40. Lebensjahr eine Nahbrille von ca. 1,0 dptr. brauche, um seine vorhandene Restakkomodation zu st¹/₄rken. Diese Nahbrille m¹/₄sse dann st¹/₄ndig verst¹/₄rkt werden, da die Restakkomodation immer mehr abnehme. Ein junger Mensch habe also ein hohes Akkomodationsverm¹/₄gen. Er k¹/₄nnne eine Weitsichtigkeit sozusagen wegakkomodieren, so dass er zun¹/₄chst keine Brille brauche, um in der Ferne scharf zu sehen (= verborgene Weitsichtigkeit). Wenn er dann aber sein Auge auf die N¹/₄he einstellen m¹/₄sse, k¹/₄nnne er bei l¹/₄ngerer Naharbeit Probleme in Form von asthenopischen Beschwerden bekommen, da er einen Teil seines

Akkommodationsvermögen schon verbraucht habe, um in der Ferne scharf zu sehen, d. h. er müsse insgesamt mehr akkomodieren als ein Nahsichtiger, d. h. er müsse die inneren Augenmuskeln vermehrt anspannen. Das Ausmaß der Beschwerden sei davon abhängig, wie viel Akkomodationsvermögen insgesamt im Verhältnis zur Weitsichtigkeit noch vorhanden sei. Mit zunehmendem Lebensalter nehme das Akkomodationsvermögen ab, so dass ein Weitsichtiger eher eine Brille zum Ausgleich benötige als ein Normalsichtiger, d. h. in der Regel vor dem 40. Lebensjahr. Diese latente Weitsichtigkeit sei bestimmbar, wenn man den Akkomodationsmechanismus durch bestimmte Augentropfen ausschalte. Dies sei nachweisbar 1966 durchgeführt worden. Es sei eine Weitsichtigkeit von 2,5 dptr. diagnostiziert und folgerichtig eine Nahbrille ordiniert worden. Der Kläger sei damals 30 Jahre alt gewesen. Diese Brille sei nachweislich im Januar 1967 genehmigt worden. Der Kläger habe diese Brille aber offensichtlich nicht getragen wie sich aus den Zeugenaussagen ergebe (Zeitraum 1968 bis 1970). Die Folgen des Sehens bei Naharbeiten sein, wie sie der Kläger angebe. Die verborgene Weitsichtigkeit habe mit Sicherheit schon vor 1966 als anlagebedingter Brechungsfehler des Auges vorgelegen. In welchem Ausmaß dadurch bereits vor 1966 asthenopische Beschwerden verursacht worden seien, sei nicht dokumentiert. Bei den vorangegangenen Augenarztbesuchen 1954 habe es sich um einen Hornhautfremdkörperereignis, wie auch 1958 gehandelt. Asthenopische Beschwerden habe der Kläger zu diesem Zeitpunkt nicht angegeben. Dies sei auch gut möglich, da bei der Höhe der vorliegenden Hyperopie Beschwerden in der Regel erst nach dem 20. Lebensjahr auftreten (bei anstrengender Naharbeit oder geistiger Erschöpfung aber auch eher). Keinesfalls hätte aber ein Augenarzt bei Vorliegen von asthenopischen Beschwerden zum Abbruch der Ausbildung geraten, ohne eine latente Weitsichtigkeit auszuschließen und bei Vorliegen einer solchen durch eine Nahbrille die Ursache der Beschwerden zu eliminieren. Neben dieser anlagebedingten, bewiesenen latenten Hyperopie als wahrscheinliche Ursache der asthenopischen Beschwerden sei als zusätzliche Komponente noch eine anlagebedingte vegetative Dystonie des Auges möglich, die insbesondere in Stress-Situationen zum Tragen komme. Diese sei 1962 in den internistischen Karteifächern als allgemeine Dystonie als Diagnose dokumentiert worden. Auch die jetzt noch geklagten Beschwerden in Form von Flimmern und Schmerzen im Auge könnten Zeichen einer vegetativen Dystonie sein. Die Einseitigkeit sei nicht Ursache, dass die Abiturausbildung nicht absolviert werden könne. Die Einseitigkeit habe als Ursache bei den vom Kläger geschilderten Beschwerden nur eine sehr untergeordnete Bedeutung gehabt (wenn überhaupt), da sie als mögliche Ursache gelegentlicher asthenopischer Beschwerden in den Lehrbüchern nur von einem Autor erwähnt werde. Die Hauptursache asthenopischer Beschwerden sei mit Wahrscheinlichkeit die vorliegende anlagebedingte latente Weitsichtigkeit. Diese hätte auch bei beidseitigem Sehen zu den geklagten Beschwerden geführt.

Auch unter Berücksichtigung der Angaben im Verwaltungsverfahren vom 14. Dezember 1993, sein Vater habe ihm geraten, wegen seines Auges nicht zu studieren ("Für diesen Rat bin ich meinem Vater heute noch dankbar.") fehlt es nach Überzeugung des Senates an dem zwischen den Schädigungsfolgen und dem Einkommensverlust erforderlichen ursächlichen Zusammenhang nach [§ 30](#)

[Abs. 3 BVG](#). Dies ist nach dem im Versorgungsrecht geltenden Kausalitätsmaßstab der wesentlichen Bedingung zu entscheiden (st. Rspr., [BSGE 1, 72, 76](#); BSG, Urteil vom 29. Juli 1998, Az: [B 9 V 10/97 R](#)). Wesentliche Ursache in diesem Sinne ist nur diejenige Bedingung im naturwissenschaftlich-philosophischen Sinn ("Conditio sine qua non"), die wegen ihrer besonderen Beziehung zum Erfolg nach natürlicher Betrachtungsweise an dessen Eintritt wesentlich mitgewirkt hat. Wenn mehrere Bedingungen gleichwertig oder annähernd gleichwertig zum Erfolg beigetragen haben, ist jede von ihnen Ursache im Sinne des Versorgungsrechts (vgl. BSG, Urteil vom 29. Juli 1998). Nach Überzeugung des Senats war die anerkannte Schädigungsfolge nicht wesentliche Bedingung dafür, dass der Kläger das Abitur nicht hat ablegen können.

Eine andere Sichtweise ergibt sich nach Überzeugung des Senats auch nicht unter Berücksichtigung eines vermutlichen Abschlusses einer Hochschulausbildung (Diplom-Ingenieur). Soweit der Kläger vorträgt, ohne die Schädigungsfolgen habe er ein Ingenieurstudium angestrebt, fehlt es dafür an jeglichem Hinweis auf einen entsprechenden Berufswunsch. Unterlagen, die eine entsprechende angestrebte Berufsausbildung des Klägers dokumentieren könnten, liegen nicht vor, so dass sich der Senat nicht davon überzeugen konnte, dass das in [Â§ 4 Abs. 1 BSchAV](#) für Beamte des höheren Dienstes bestimmte Durchschnittseinkommen zugrunde zu legen ist. Der Kläger hat schon das nach seinen Angaben für die Aufnahme eines Ingenieurstudiums erforderliche Abitur aus demselben wie o. a. schädigungsunabhängigen Gründen nicht abgelegt. Im Übrigen vermag die Argumentation des Klägers, er habe aufgrund der Schädigungsfolgen den Beruf des Ingenieurs des Maschinen- und Fahrzeugbaus nicht ausüben können, nicht zu überzeugen. Die Arbeitsbedingungen und Anforderungen an diese Tätigkeit stellen sich wie folgt dar: körperlich leichte Arbeit vorwiegend in geschlossenen Räumen; abwechselnd im Gehen, Stehen und Sitzen; Einzel- und Teamarbeit, z. T. Staub, Geruchsbelastung und Lärm, gesunder Stütz- und Bewegungsapparat, Raumvorstellungsvermögen, Flexibilität, Verantwortungsbewusstsein, Konzentrationsfähigkeit, Einfallsreichtum, Organisationsvermögen, Kooperationsfähigkeit, Entschlussfähigkeit, ausgeprägte Beobachtungsgabe, psychische Belastbarkeit (Bundesanstalt für Arbeit [Hrsg.], Berufsinformationsskizze BO 601). Das Erfordernis des Raumvorstellungsvermögens wird durch den Ausfall des räumlichen Sehens infolge der Einseitigkeit nicht beeinträchtigt, da nach etwa einem halben Jahr eine Gewöhnung an die Einseitigkeit auftritt (vgl. Gutachten Dr. P. vom 24. Juni 1998). Unter anderem ein Raumvorstellungsvermögen und auch ein gutes Sehvermögen sind Voraussetzung für die Ausübung des Berufes des Schlossers (vgl. Bundesanstalt für Arbeit a. a. O. Berufsinformationsskizze BO 271). Der Kläger hat jedoch erfolgreich eine Lehre zum Schlosser absolviert und im Zeitraum bis 31. März 1970 überwiegend eine Tätigkeit gerade im Schlosserbereich ausgeübt.

Nach alledem hatte die Berufung keinen Erfolg.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 Abs. 1 Sozialgerichtsgesetz \(SGG\)](#).

Gründe für die Zulassung der Revision waren nicht ersichtlich ([§ 160 SGG](#)).

Erstellt am: 16.09.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024